

Zeitschrift: ZeitBild

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 18 (1977)

Heft: 18

Artikel: Die Eroberung und Sowjetisierung Afrikas am Beispiel Angola 2. Die Stellvertreter

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094922>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Eroberung und Sowjetisierung Afrikas am Beispiel von Angola

Die Stellvertreter

Schluss der Untersuchung von Laszlo Revesz

In der letzten Nummer hat Prof. Revesz die Sowjetisierung von Angola nachgewiesen, nicht aufgrund westlicher Behauptungen, sondern anhand kommunistischer Quellen einerseits des Sowjetlagers und andererseits Chinas. Die heutige abschließende Folge befasst sich vor allem mit der Rolle der Kubaner, auf welche die MPLA-Regierung zu ihrem Griff nach der Macht angewiesen war.

Die Erfolge dankte Angola den Kubanern, die von China einfach als sowjetische Söldner bezeichnet werden. Anfang 1976 teilte China mit: «In diesen zwei Wochen beförderten die sowjetischen Flugzeuge vom Typ Il-62 täglich 200 Mann kubanischer Truppen nach Angola, so dass dort bis jetzt über 10 500 Mann dieser Truppen stehen. Gleichzeitig wurden sechs bis acht sowjetische Schiffe zum Transport von weiteren kubanischen Truppen und von Kriegsmaterialien in Bewegung gesetzt. Berichten zufolge sind am 9. Januar (1976) wieder über 500 sowjetische Militärs auf einem sowjetischen Schiff in Angola angekommen, um die militärischen Operationen zu leiten, wodurch die Zahl des sowjetischen Militärpersonals beinahe 1000 erreicht hat. Darüber hinaus hat die Sowjetunion ununterbrochen Flugzeuge neuen Typs entsandt...»¹

In der zweiten Hälfte 1976 stellte Peking fest: «Seit dem vorigen Jahr hat die Sowjetunion ganz offen mehr als 1000 Militärs nach Angola entsandt, welche die über 10 000 Mann starken Söldnertruppen bei deren bewaffneter Intervention und militärischer Okkupation Angolas befehlen sollten. Dieser nackte Aggressionsakt wurde von allen für Gerechtigkeit eintretenden Menschen der Welt scharf verurteilt. Diese Söldner — Weltgendarmen Marke Moskau — sollten schon längst aus Angola abgezogen werden...»² Im UNO-Sicherheitsrat erklärte der chinesische Vertreter u.a.: «Mit Rücksicht darauf, dass der sowjetische Sozialimperialismus keine Anstalten macht, Angola zu verlassen, ist die chinesische Delegation entschieden dagegen, ihm einen Vorwand für die Verlängerung seiner Aggressions- und Interventionstätigkeit zu liefern.»³

Krieg gegen die Bevölkerung

Die kubanischen Truppen unter sowjetischer Befehlsgewalt handelten mit charakteristischer Grausamkeit. Der chinesische Sprecher sagte Anfang 1976: «Das Resultat war, dass 150 000 schwarze Brüder aus Angola mit den sowjetischen Waffen getötet und viele Dörfer und Städte durch die sowjetischen Bomben dem Erdboden gleichgemacht wurden.»⁴ Von den nur 6 Millionen Einwohnern Angolas befanden sich Anfang 1976 mehr als 1 Million auf der Flucht, und auch dies wird chinesischerseits der kubanisch-sowjetischen Intervention zugeschrieben: «... ihre Hände sind mit dem Blut des angolesischen Volkes besudelt.»⁵

Die Kubaner kümmerten sich nicht um Grenzen.

Schon im Januar 1976 überschritten sie einige Male die angolesisch-zairische Grenze. Am 16. Januar 1976 gab der ständige Sekretär des Politbüros der Volksrevolutionären Bewegung Zaires bekannt, dass am 10. Januar die in Angola eingedrungenen sowjetisch-kubanischen Truppen mehrere Eisenbahn- und Strassenbrücken zwischen Zaire und Angola zerstört, rücksichtslos Raketen auf die Region Dilolo der Republik Zaire abgeschossen hatten. Der zairische Präsident Mobutu richtete am 16. Januar wegen dieser offenen Aggression eine ernste Warnung an die sowjetische Regierung. Präsident Mobutu und die zairische Regierung protestierten bei den Sowjetbehörden gleichzeitig auch wegen der Ausdehnung des Bürgerkriegs in Angola.⁶

Von der sowjetischen Diskretion...

Charakteristisch war dabei, dass die sowjetischen, osteuropäischen und kubanischen Massenmedien sich über die eigene Intervention lange Zeit völlig

2 ausschwiegen und immer wieder nur über die imperialistische Aggression und Intervention Südafrikas sprachen — auch als die südafrikanischen Einheiten schon abgezogen waren. Agostinho Neto, der angolesische Präsident, sprach in seinem Interview für «Le Monde» Ende Dezember 1975 nur über imperialistische Aggressionen; er anerkannte in einem mit dem Berichterstatter des DDR-Radios geführten Gesprächs, es sei schon 1975 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der MPLA einerseits, der FNLA und der UNITA andererseits gekommen, da deren Führer, Holden Roberts und Jonas Savimbi, die Macht für sich allein beansprucht hätten.⁷

Die Sowjets schwiegen noch über ihre eigene Intervention. Dafür zitierten sie etwa die Erklärung von Pascal Lovoalos, Mitglied des ZK der MPLA und Botschafter in Brazzaville: Die Imperialisten wollten die sowjetische Hilfe im falschen Licht darstellen. Die von der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Ländern geleistete Hilfe könne man unter keinen Umständen mit jener Tätigkeit vergleichen, durch welche die «Marionetten» unterstützt worden seien.⁸

Für die sowjetisch-kubanische Rechtfertigung der Invasion waren die Ausführungen der kubanischen Zeitung «Gramma» in einem redaktionellen Artikel charakteristisch, den die «Prawda» übernahm: Der «antikubanische Klub», nämlich die amerikanischen Imperialisten und die Maoisten, verschwiegen den Einsatz der südafrikanischen Einheiten im südlichen Angola, die mit amerikanischen und westeuropäischen Söldnern verstärkt worden seien. Kuba habe hingegen seine internationalistische Pflicht erfüllt, indem es dem angolesischen Volk in seinem Kampf gegen die ausländischen Interventionisten zur Verteidigung der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit uneigennützig Hilfe leistete. Darüber, dass diese Truppen schon längst in Angola wirkten, als der südafrikanische Eingriff erfolgte, verlor man natürlich kein Wort.



Angola (7270 km²) hatte bei der Erlangung der rasch wieder verlorenen Unabhängigkeit annähernd sechs Millionen Einwohner. Inzwischen sollen Hunderttausende nach Zaire oder Namibia geflohen sein. Wichtigstes Exportprodukt ist der Kaffee, den die UdSSR als Zahlung für ihre Militärhilfe weit unter den Weltmarktpreisen bezieht. Erdöl gibt es in der angolesischen Enklave Cabinda zwischen Zaire und der Volksrepublik Kongo (Kongo-Brazzaville).

Die Dialektik in der Argumentierung kommt darin zum Ausdruck, dass die kubanischen Söldner und ihre Sowjetoffiziere bei der Invasion angeblich nur dem *Prinzip der Nichteinmischung Respekt verschaffen wollten*: «Die Ereignisse in Angola zeigten, dass die Verteidigung des Prinzips der Nichteinmischung die Unterstützung des von den Aggressoren angegriffenen Volkes bedeutet, damit dieses die Interventionisten zerschlägt, die Souveränität verteidigt und das Recht bekommt, über das eigene Schicksal zu verfügen.»⁹

... zur kubanischen Prahlerei

Auch Castro sprach jetzt schon ganz offen über seine Invasionstruppen und gab öfters bekannt, dass nicht nur Militärs, sondern auch Einheiten des Staatssicherheitsdienstes in Angola eingesetzt worden seien (gegen den inneren Feind und zum Aufbau der sozialistischen Demokratie); die Sowjets schrieben immer noch über Unterstützung, kein Wort von ihren Militärs. Sie zitierten aber Castros Reden, in welchen er die eigene Intervention zugab.

Am 28. Juli 1976 wurde in Havanna eine Versammlung der kubanisch-angolesischen Freundschaft abgehalten, in Anwesenheit einer angolesischen Delegation mit Neto an der Spitze. Castro erklärte dort, er sei stolz, dass Hundert-

tausende von Kubanern ihre Bereitschaft erklärt hätten, Angola mit Waffen zu unterstützen. Er betonte die Gemeinsamkeit der revolutionären Traditionen, Ziele und Aufgaben des antiimperialistischen Kampfes beider Länder. Er sagte noch: «Bekanntlich begann Kuba sein Militärpersonal aus Angola abzuziehen; kubanische Militäreinheiten und die notwendige Rüstung werden jedoch in Angola bleiben, um im Falle einer Aggression von auswärts Hilfe zu leisten.» Solange die Streitkräfte Angolas ausgerüstet und ausgebildet würden, sollten seine Truppen nicht abgezogen werden. Neto betonte in seiner Antwortrede, die kubanischen Einheiten seien auf die Bitte der MPLA nach Angola gekommen.¹⁰

Noch offener sprach Castro im Juni 1976 über die Beteiligung seiner Truppen am inneren Kampf Angolas. Er erklärte u. a.: «Die Funktionäre des kubanischen Innenministeriums (KGB) werden im Geiste des Internationalismus erzogen. Dies hat sich besonders in Angola gezeigt. Dort kämpfen, zusammen mit den Soldaten der revolutionären Streitkräfte (Kubas), auch die Soldaten und Offiziere der Einheiten des Innenministeriums. (...) Auf das Ersuchen der Regierung der Volksrepublik Angola wurden sie in dieses Land geschickt, um brüderliche Hilfe zu leisten. (...) Unsere militärische und zivile Hilfe

entspricht völlig den Vereinbarungen mit der Regierung von Angola und auch unseren Prinzipien. Das kubanische Volk ist am Sieg der Revolution in Angola interessiert.»¹¹

Unter diesen Bedingungen scheint die von Angola betonte Blockfreiheit¹² genau so merkwürdig zu sein wie jene von Kuba.

Laut neuester chinesischer Darstellung¹³ befinden sich heute, das heisst im Sommer 1977, rund 16 000 Soldaten aus dem Sowjetlager in Angola. Die geographische Aufteilung dieser vorwiegend kubanischen Truppen wäre: 4000 Mann in der Region Zentrum-West, je 2000 in den Regionen Nord, Ost und Süd, 3500 in Cabinda, 2000 bis 2500 in Luanda selbst. Zu diesen Beständen kommen die militärischen Experten und «Berater» aus den betreffenden Ländern noch hinzu.

Wie Neto die Abhängigkeit von der UdSSR «dementierte»

Moskau liess es sich angelegen sein, die MPLA nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu betreuen. Und jedenfalls soweit es auf offizielle Verlautbarungen ankommt, mit Erfolg.

Die Politikkommission der MPLA hat sich in ihren Äusserungen ganz und gar der sowjetischen Sprachregelung angeschlossen. Und dazu gehört selbstredend auch die Fiktion von der Souveränität und Unabhängigkeit Angolas, die Moskau ja zu unterstützen vorgibt.

Deshalb war es auch keineswegs ein Zeichen von Distanzierung, wenn Neto etwa in seiner Radioansprache vom 31. Mai 1976 gegen die «unwahre Behauptung» protestierte, dass Angola sich der UdSSR unterordne. Er verband denn auch seine «Richtigstellung» mit einem Treuebekenntnis zu Moskau: «Das provokatorische Aufblähen der Frage unserer Beziehungen (zur UdSSR) bezweckt nur, die Volksrepublik von den sozialistischen Staaten zu trennen. Dagegen werden wir mit allen Kräften kämpfen.»

(Etwas seltsamer nahm sich diesen Frühling allerdings aus, was Neto nach dem immer noch unrätselhaften MPLA-internen Putschversuch vom 27. Mai 1977 zur Nichteinmischung der Kubaner zu sagen hatte: Die Version, wonach sich die Kubaner an der Niederschlagung der Verschwörung beteiligt hätten, sei eine lügnerische Erfindung der westlichen Propaganda.¹⁴ Ja, sollte eine allfällige Solidarität im Kampf gegen einen imperialistisch gesteuerten Staatsstreichversuch etwa eine Schande sein? Oder wäre das eigenartige Lob der angeblichen kubanischen Passivität auf den Umstand zurückzuführen, dass die tatsächlich berichtete kubanische Unterstützung für Neto dem sowjetischen Abwarten in dieser Sache zuwiderlief? Es gab Gerüchte, wonach Moskau beiden verfeindeten MPLA-Fraktionen Hoffnungen gemacht hatte, um auf jeden Fall «dabei zu bleiben». Und es gibt Gerüchte, wonach der erfolglose Putschistenchef Nito Alves heute in Moskau lebt.)

Dass die staatliche Zusammenarbeit unter dem Vorzeichen der Parteiverbundenheit steht, ist nie verheimlicht worden. Parallel zum Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und Angola unterzeichnete man in Moskau am gleichen 8. Oktober 1976 auch eine Vereinbarung zwischen KPdSU und MPLA. Als Ponomarjow am 24. Januar 1977 dem Obersten Sowjet den Vertrag zur Ratifizierung vorlegte, strich er die entscheidende Rolle der Sowjetunion heraus:

«Die afrikanischen Völker erachten den Sieg (der

Szenenwechsel ?

Sollen die kubanischen Truppen am Ende doch gütlich aus Angola hinauskomplimentiert werden? Laut der Lissabonner Zeitung «Tempo» (25. 8. 1977) hat Neto bei seinem Besuch in Havanna Ende August mit Castro das Thema angeschnitten.

Dass das MPLA-Regime bereit wäre, auf die Hilfstruppen des Sowjetlagers zu verzichten, scheint zunächst paradox, wird aber dadurch erklärt, dass Neto angeblich an einem Arrangement mit UNITA-Chef Jonas Savimbi interessiert sei, dessen Partisanen in letzter Zeit beträchtliche Erfolge aufgewiesen haben. Zur Vermittlung zwischen den feindlichen Parteien im angolesischen Bürgerkrieg hätten die Staatspräsidenten Senghor (Senegal) und Houphouët-Boigny (Elfenbeinküste) ihre guten Dienste angeboten.

Dazu kommt, dass Neto möglicherweise der sowjetischen Protektion seit dem Putschversuch vom 27. Mai dieses Jahres in Luanda nicht mehr so recht traut. Die Sowjets sollen bei diesen Rivalenkämpfen innerhalb der MPLA eine zwielichtige Rolle gespielt haben. Die Lissabonner Zeitung «O Retornado» hatte schon damals (31. 5. 1977) im Rahmen eines längeren Hintergrundberichtes versichert, dass der Putschistenführer Nito Alves in Moskau (wo er inzwischen angeblich Asyl erhalten hat) mindestens ebensoviel Rückhalt habe wie Neto. Es ist möglich, dass der Kreml auf beide Pferde gesetzt hatte, und das zu wissen muss für den übriggebliebenen Schützling zweiter Wahl kein sehr beruhigendes Gefühl sein.

Dass die UNITA ihrerseits eine Vereinbarung mit der MPLA ins Auge fassen könnte, ist soweit plausibel. Sie verfügt über ein beträcht-

liches Störpotential, nicht aber über genügend militärische Macht und Ausrüstung, um sich Hoffnungen auf einen Sieg zu machen. Und beide Seiten leiden unter den direkten und indirekten Verlusten im Bürgerkrieg.

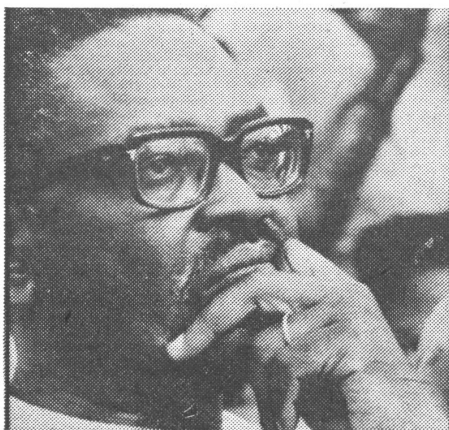
Wieso aber sollte Kuba in den Rückzug seiner Truppen einwilligen, auf die Gefahr hin, dass der Feind via UNITA zur (wenn auch begrenzten) Mitbestimmung kommt?

Man führt dafür wirtschaftliche Gründe ins Feld. Einmal ist Kuba selber an Wirtschaftskontakten mit den USA interessiert, und diese machen das vom kubanischen Truppenabzug aus Angola (wenn nicht aus Afrika überhaupt) abhängig. Und dann (nimmt man an) fühlt sich Kuba mit seinen Verpflichtungen zu Aufbaubeiträgen in Angola überfordert und würde die Entwicklungshilfe lieber ändern überlassen, notfalls unter Entrichtung eines politischen Preises.

Nimmt man eine neue Konstellation zwischen MPLA, UNITA und Kuba als gegeben oder denkbar an, so stellt sich natürlich die Frage, wie die Sowjetunion dazu steht.

Es ist nicht auszuschliessen, dass auch sie es vorziehen würde, aus Kostengründen Angola sozusagen aus dem Status eines gewaltsam beherrschten Satelliten (à la CSSR) in den Status eines bloss stark beeinflussten Partners (à la Finnland) überzuführen. Aber es ist auch nicht auszuschliessen, dass sie sich einer Eigenmächtigkeit Netos und Castros gegenübergestellt sieht, und es wäre dann ihr Problem, wie sie die Insubordination behandeln soll.

So oder anders bleibt es bei Mutmassungen über eine Sache, von der man zuerst gerne wüsste, wieviel Tatsächlichkeit sie allenfalls enthält. ■



Agostinho Neto



Zabelischensky: „Während die UdSSR sich damit brüstet, ein Inbegriff der Demokratie zu sein, ist sie in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesiges Konzentrationslager.“

HARDMANN/WIPPERMANN (Hrsg.)

24 Zeugen

Dokumente des Terrors
Sacharow-Hearing Kopenhagen
280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, DM 26,-

Authentische Berichte über die brutalen Verfolgungen und Folterungen in der Sowjetunion. Die FAZ urteilt: „Die Kopenhagener Sacharow-Anhörung hat das düstere Panorama eines totalitären Staates entrollt. Die eindringliche Lehre von Kopenhagen ist: Der Westen kann helfen, wenn er immer wieder auf das Geschick einzelner hinweist, kann er es werden. Darum ist Kenntnis so wichtig.“
Verschaffen Sie sich diese Kenntnis aus erster Hand von denen, die die selbst erlittene Unmenschlichkeit in Kopenhagen für dieses Buch zu Protokoll gegeben haben!

Bestellschein

An den
Verlag Johann Wilhelm Naumann
Postfach 54 60
8700 Würzburg 1

Ich bestelle
... Ex. **24 Zeugen**, 280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, zum Preis von je DM 26,-

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Unterschrift

MPLA) mit Recht als Beispiel dafür, was ihnen die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion (... und anderen sozialistischen Ländern) bringen kann.» In der Tat. Und: «Die konsequente und starke Unterstützung des jungen angolischen Staates durch die Sowjetunion trägt als wichtiger Faktor dazu bei, den Sieg des angolischen Volkes in seinem gerechten antikolonialen Krieg sicherzustellen.»¹⁵

Was Neto bestätigte. Als im November letzten Jahres die Gesellschaft für Freundschaft UdSSR-Angola gegründet wurde, sagte er:

«Ein solcher historischer Sieg wäre ohne die internationalistische Hilfe und Unterstützung der Freunde Angolas schwerlich zu erkämpfen gewesen. Wir danken den sozialistischen Ländern, unsern natürlichen Verbündeten. Besonders aber danken wir der Sowjetunion und Kuba, die von Anfang an mit uns waren.»¹⁶

Wer profitiert von der «internationalistischen» Hilfe?

Seit Januar 1977 gehört Angola auch dem RGW an, der Wirtschaftsgemeinschaft des Sowjetlagers, die an ihrer damaligen Exekutivkomiteetagung in Havanna das Aufnahmegesuch Luandas mit Vordringlichkeit behandelte.¹⁷ Via RGW wollte man u. a. die Entsendung von Spezialisten nach Angola koordinieren, um so der dortigen Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Die sowjetischen Helfer haben sich allerdings auch selber geholfen, schon um ihre militärischen Auslagen zu kompensieren. So werden die wichtigsten angolischen Kaffeeplantagen «heute vollständig von Verwaltungsbeamten im sowjetischen Sold betrieben»,¹⁸ während man den Kaffee weit unter den Weltmarktpreisen nach der Sowjetunion verkauft.

*

Hoch ist aber der Preis, den die Bevölkerung von Angola für die Sowjetisierung zu zahlen hat (siehe die Angaben von Hsinhua zur Versorgungslage, «Hunger in Luanda»). Vor diesem Hintergrund ist auch das Wiedererstarken der UNITA (Nationalbund für die vollständige Befreiung Angolas) zu sehen, eine der drei Befreiungsorganisationen, die nach der ursprünglichen Vereinbarung von 1975 gemeinsam die erste provisorische Regierung des unabhängigen Angola hätten bilden sollen. Man hatte nach dem massiven militärischen Eingreifen des Sowjetlagers die UNITA schon als erledigt betrachtet, aber nunmehr setzen ihre Guerillakämpfer den MPLA-Streitkräften und ihren ausländischen Hilfstruppen wieder vermehrt zu. Doch unabhängig vom Ausmass des machtmässigen Erfolgs: Die Transplantation des sowjetischen Modells nach Angola ist kein Sieg des Volkes, sondern ein Sieg über das Volk.

Anmerkungen

- 1 «Peking Rundschau» (PR), Nr. 5/1976
- 2 PR, Nr. 27/1976
- 3 PR, Nr. 27/1976
- 4 PR, Nr. 30/1976
- 5 PR, Nr. 10/1976
- 6 PR, Nr. 5/1976
- 7 «Uj szo», Bratislava, 28. 12. 1975
- 8 «Uj szo», 8. 1. 1976
- 9 «Prawda», Moskau, 6. 3. 1976
- 10 «Prawda», 29. 7. 1976
- 11 «Prawda», 8. 6. 1976
- 12 «Uj szo», 20. 11. 1976
- 13 Hsinhua, Peking, 12. 8. 1977
- 14 «Prawda», 1. 6. 1977
- 15 «Prawda», 25. 1. 1977
- 16 «Prawda», 12. 11. 1976
- 17 «Uj szo», 21. 1. 1977
- 18 PR, Nr. 15/1977

Hunger in Luanda

Als «katastrophal» bezeichnet die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua (12. 8. 1977) die Versorgungslage in Angola.

Vor allem fehlt es laut dieser Darstellung an Lebensmitteln; viele Einwohner seien bereits an Unterernährung gestorben. Insgesamt habe die Produktion von 1976 den Inlandbedarf nur zu einem Zehntel decken können. Beim Kaffee, einem wichtigen Exportgut, sei die Ernte auf einen Fünftel früherer Erträge abgesunken; die Erzeugung von Rohrzucker und Sisal habe 20 Prozent unter dem bisherigen Niveau gelegen, und Getreide müsse zu 90 Prozent importiert werden.

In der Hauptstadt Luanda sind, so berichtet ein lateinamerikanischer Schriftsteller nach einem Augenschein, keine Streichhölzer aufzutreiben. Das zur Produktion benötigte Holz befindet sich 600 km nördlich in Cabinda; es kann der Verarbeitung nicht zugeführt werden, weil der zivile Schifftransport zusammengebrochen ist. Die Einwohner Luandas müssen Funken aus Steinen schlagen, wenn sie Feuer benötigen. Nicht erhältlich sind ferner Seife, Aspirin «und andere Bedarfsmittel des Alltags». In einigen Regionen gibt es seit drei Monaten kein Salz mehr zu kaufen, und im ganzen Land herrscht Mangel an Gemüse.

Ein Afrikaner sagte nach einem Besuch in Luanda: «Ich war schon in vielen Ländern, denen es wirtschaftlich schlecht geht (...), aber so etwas wie in Luanda habe ich noch nie gesehen. Ich wollte einen Kugelschreiber kaufen und konnte es nicht, obwohl ich in nahezu jedem Laden nachfragte. Die Leute standen in langen Schlangen an; wenn es zu Streite-

rien kam, sorgten Soldaten für Ordnung, indem sie nach ihrem Gutdünken auf die Wartenden einschlugen. Man sagte mir, dass die Leute um ein Kilo Lebensmittel anstanden, das ihnen für eine ganze Woche ausreichen sollte. Eine Frau mit einem kleinen Kind versuchte an vier aufeinanderfolgenden Tagen, bis zur Ladentür vorzudringen, ohne dass es ihr gelang. (...) Luanda ist wie eine belagerte Stadt, in der viele Menschen verhungern.»

Die Sowjetunion hat sich das Ankaufsmonopol für Kaffee gesichert und drückt seither kräftig auf die Preise. Während man letztes Jahr auf den internationalen Märkten 467 bis 472 Escudos (angolische Währung) für 15 Kilo Kaffee anbot, zahlte die UdSSR nur 180 Escudos, also 38 Prozent des bestmöglichen Erlöses. Die angolischen Bauern selbst erhielten 6,5 Escudos pro Kilo Kaffee. Moskau bezahlt nicht in bar. Zum Teil werden mit dem Kaffee angolische Waffenkäufe abgeschrieben, und darüber hinaus bietet man als Gegenleistung sowjetische Traktoren an. Dabei wäre das Land dringend auf Einkünfte in Form von Devisen angewiesen.

Erhebliche Hoffnungen hatte man sich in Luanda auf die Erträge gemacht, die aus der Fischereikooperation zwischen Angola und der UdSSR resultieren sollten. Im diesbezüglichen Abkommen wurde den Sowjets das Recht zugestanden, in angolischen Territorialgewässern zu fischen, aber ein Drittel ihres Fanges sollte dafür als Abgabe dem angolischen Partner zugute kommen. Nur: Weil die angolische Seite die Fangergebnisse der Sowjets nicht kontrollieren kann, setzen diese das vereinbarte «Drittel» nach ihrem Belieben fest und behalten praktisch ihre ganze Ausbeute für sich. Jedenfalls gibt es auf dem Markt von Luanda keine Fische zu kaufen.